Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

8. Sitzung (12.03.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

Hierauf wird ein Antrag der Abgg. Geck, Dr. Bernauer und Dr. Glockner auf Schluß der Debatte angenommen und die Besprechung geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung und einer Erklärung darauf erhalten noch das Wort Abg. Ziegelmaier-Oberkirch und Minister Marxloff.

Der Vorsitzende gibt sodann noch den Eingang einer Eingabe des Leiters einer am 3. März in Durlach stattgehabten Versammlung mit einer Entschließung in Betreff der sozialen Notlage, sowie der Vereinigung aller dem kaufmännischen und technischen Berufe angehörenden Standesgenossen der Gruppe Offenburg, gleichen Betreffs, bekannt.

Diese Eingaben gehen an die Petitionskommission.

Die nächste Sitzung wird festgesetzt auf

Mittwoch den 12. März 1919
nachmittags 4 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung ½6 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.
Der I. Vizepräsident: Remmele.
Der II. Vizepräsident: Muser.

Die Schriftführer: Karl. Roesch.

---

8. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 12. März 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Präsident Geiß, Minister des Innern Dr. Haas, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Marxloff, Justizminister Marum, Verkehrsminister Rückert, Minister des Kultus und Unterrichts Stockinger, Ministerialdirektor Staatsrat Weingärtner und Geh. Oberregierungsrat Kamm; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Duffner, Otto, Saenger, Trunk und Dr. Wirth.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

1. **Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr.** (Drucks. Nr. 5).
2. **Mündlicher Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr.** (Drucks. Nr. 11 a), **samt Petitionen,**

Berichterstatter Abg. Straub.

Die Sitzung wird eröffnet nach ¼5 Uhr.

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

A. Petitionen und ähnliches:

1. Vorstellung des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg, die Stellung der Kirche im Staat betr.;
2. Bitte der Bürgerschaft von Eichtersheim in Betreff der Stammgüter (Resolution und Denkschrift).

Die Eingänge unter OZ. 1 und 2 sind unter Vorbehalt der Zustimmung des Hauses bereits der Verfassungskommission überwiesen worden.

3. Bitte des Verwalters F. Stolzenberg in Bruchsal um Beistand zur Erlangung rückständiger Militärrente;
4. Bitte der Kolonisten und Pächter in den Tälern der Raumünzach, Schwarzenbach, Hundsbach und Biberach um Beseitigung des Obereigentums im Bereich des Forstamts Herrenwies;

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

5. Gleichlautende Eingaben des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, Gruppe Baden-Baden, des Deutschen Holzarbeiter-Verbands, Gruppe Baden-Oos, des Gewerkschaftskartells der Sozialdemokratischen Partei, Gruppe Bruchsal, des Heizer- und Maschinisten-Verbands, Gruppe Freiburg, des Verbands der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, Gruppe Freiburg, des Verbands deutscher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen, Gruppe Freiburg, des Verbands der deutschen Buchdrucker, Gruppe Freiburg, des Verbands der Schneider, Schneiderinnen und Wäsche-Arbeiter Deutschlands, Gruppe Freiburg, des Deutschen Holzarbeiter-Verbands, Gruppe Freiburg, des Verbands der Tapezierer, Gruppe Freiburg, des Verbands der Gastwirtsgehilfen, Gruppe Heidelberg, des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, Gruppe Heidelberg, des Gewerkschaftskartells, Gruppe Hornberg, des Verbands der Fabrikarbeiter, Gruppe Konstanz, des Bauarbeiter-Verbands, Gruppe Konstanz, des Arbeiterrats und Gewerkschaftskartells der Sozialdemokratischen Partei, Gruppe Lahr, der Gewerkschaftskartelle Radolfzell und Rastatt, des Metallarbeiter-Verbands, Gruppe Rastatt, des Verbands deutscher Buchdrucker, Gruppe Rastatt, der Holzarbeiter, Gruppe Rastatt, des Verbands der Schneider, Gruppe Rastatt, der Gemeinde-Arbeiter, Gruppe Rastatt, des Deutschen Holzarbeiter-Verbands, Gruppe Kirchheim (Rohrbach), des Deutschen Bauarbeiterverbands, Zahlstelle Schwetzingen, mit Entschließungen in Betreff der sozialen Notlage;

6. Eingabe des Arbeiterrats, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells Lahr mit einem Protest gegen die gegenrevolutionären Bestrebungen;

7. Entschließung einer vom Sozialdemokratischen Verein Karlsruhe-Rüppurr einberufenen Volksversammlung in gleicher Richtung und in Betreff der sozialen Notlage.

   Die Eingaben unter C Z. 3—7 gehen an die Petitionskommission.

8. Vorschlag des Vertreters Stulz des Lebensmittelamts Ettlingen der Soldatenräte Badens zur Linderung der Lebensmittelnot.

   Geht an die Haushaltskommission.

9. Bitte des Bad. Landesverbandes des Bundes deutscher Bodenreformer, das Siedelungswesen, hier die Organisation der Behörden für das Wohnungswesen betr.

   Geht an die Kommission für Justiz und Verwaltung.

B. Sonstige Eingänge aus Volkskreisen:

Schreiben des Schriftleiters der Badischen Landeszeitung, W. Günther, mit Exemplaren einer Denkschrift über die Neugestaltung des Bad. Landestheaters.

Die Gabe wird verdankt; die Hefte werden in den Fraktionen aufgelegt.

C. Mitteilungen der Regierung:

Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellationen:

a. der Abgg. Müller-Schopfheim u. Gen., die Notlage in der Landwirtschaft betr. (Drucks. Nr. 8 a),
b. der Abgg. Seubert u. Gen., die Lebensmittelfrage, hier Branntwein-Erzeugung und -Verkehr betr. (Drucks. Nr. 9 b),
c. der Abgg. Weißhaupt u. Gen., die Erhaltung des nötigen Viehbestandes betr. (Drucks. Nr. 8),
d. der Abgg. Vogel u. Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier die Fleischversorgung der Städte Mannheim und Heidelberg betr. (Drucks. Nr. 9 a),
e. der Abgg. Spengler u. Gen. sowie Rausch u. Gen., das Verkehrswesen (Kraftwagenverkehr) betr. (Drucks. Nr. 3 und 3 a),
f. der Abgg. Goehring u. Gen., die Linderung der Fliegerschäden betr. (Drucks. Nr. 12) und der Kurzen Anfrage der Abgg. Wittemann u. Gen. im gleichen Betreff.

Diese Erklärungen dienen einstweilen zur Kenntnisnahme.

D. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Interpellation der Abgg. Seubert u. Gen., den Bahnbetrieb, hier die Errichtung einer Haltestelle Halbmeil-Schiltach betr.

   Die Interpellation gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 5 b) und geht zunächst an die Regierung.

2. Anzeige, daß die Interpellation der Abgg. Roth u. Gen., die Industrie und die Arbeiterfrage betr. (Drucks. Nr. 6 a), zurückgezogen ist.

   Dient zur Kenntnisnahme.

3. Ersuchen der Amtl. Berichterstattung um die nötigen Maßnahmen zur Verhütung von Verspätungen in der Herausgabe der Landtagsberichte, insbesondere dann, wenn die Redner vor der Durchsicht der Stenogramme abreisen.

   Der Präsident knüpft an die Bekanntgabe dieses Ersuchens die Ermahnung an die Mitglieder des Hauses, den Wünschen der Berichterstattung entgegenzukommen.

4. Mitteilung des Präsidenten gemäß § 48 der Gesch.-Ord., daß die Petitionskommission die Petition des H. Lindner in Wörishofen nach Form und Inhalt für ungeeignet zur Beratung im Hause erachte und daß er dazu seine Zustimmung gegeben habe.

   Dient zur Kenntnisnahme.

(Weitere Eingänge s. am Schlusse des Protokolls.)

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten und zwar:

Ziffer 1: Interpellation der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr. (Drucks. Nr. 5).

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort der Abg. Müller-Karlsruhe und zur Beantwortung derselben Verkehrsminister Rückert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An der gewünschten Besprechung beteiligen sich die Abgg. Mast, Fleig und Goehring.

Das Schlußwort erhält Abg. Müller-Karlsruhe.

Es folgt:

Ziffer 2: Gesetzentwurf, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr. (Drucks. Nr. 11 a), samt Petitionen.

Abg. Straub erstattet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung einen eingehenden mündlichen Bericht. Die Kommission beantragt, den Gesetzentwurf mit einer Anzahl von Änderungen anzunehmen und demselben noch einige weitere Änderungen an der Gemeinde- und Städteordnung sowie dem Gemeindebeamtenfürsorgegesetz hinzuzufügen, welche die Kommission aus eigener Initiative in Vorschlag bringt. Die Änderungen sind in Sp. 2 der anläßlich des nachträglich bewirkten Drucks des Kommissionsberichts (Drucks. „Zu Nr. 11 a") demselben beigegebenen Anlage in Verbindung mit den Regierungsvorschlägen im Wortlaut zusammengestellt.

Weiter beantragt die Kommission, die zu dem Gegenstand eingegangenen Petitionen

a. der Freien bürgerlichen Vereinigung und des Grund- und Hausbesitzervereins Pforzheim zur Frage der Gestaltung und Bestellung der Gemeindekollegien und der Heraufsetzung des Wahlalters,

b. des Kreissekretärs Heiden in Schwetzingen zur Frage der Gemeindesteuerpflicht der Kreisbeamten,

c. des Vorstands des Verbands der Städte der Städteordnung zur Frage des Gemeindewahlrechts,

sowie die (unmittelbar bei der Kommission eingegangenen) Eingaben

d. der Freien bürgerlichen Vereinigung in Pforzheim zur Frage der Wahlvorschläge beim Verhältniswahlverfahren,

e. des Oberbürgermeisters der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe zur Frage des aktiven Wahlrechts der Oberbürgermeister und Bürgermeister sowie des passiven Wahlrechts der Gemeindebeamten in den Städten der Städteordnung

durch die Beschlüsse zum Gesetzentwurf für erledigt zu erklären.

Der Präsident gibt hierauf zu dem Gegenstand den Eingang eines Antrags der Abgg. Kahn u. Gen. folgenden Wortlautes bekannt:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen, es sollen lauten:

§ 24 der Städteordnung: „Der Oberbürgermeister und die Bürgermeister werden auf 6 Jahre gewählt. Dieselben sind wieder wählbar" und:

§ 21 der Gemeindeordnung: „Der Bürgermeister wird auf 6 Jahre gewählt. Derselbe ist wieder wählbar."

In der hierauf eröffneten allgemeinen Beratung erhält zunächst Abg. Schneider-Heidelberg das Wort.

Hier wird abgebrochen.

Der Präsident gibt noch folgende weitere Eingänge bekannt:

1. Kurze Anfrage der Abgg. Duffner und Dr. Schofer, die Erstellung von Autolinien Furtwangen—Waldkirch und Furtwangen—Triberg betr.;
2. Interpellation der Abgg. Hertle u. Gen., den Eisenbahnbetrieb, hier die Errichtung einer Haltestelle Uiffingen betr.

Die Interpellation gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 5 a); beide Gegenstände gehen zunächst an die Regierung.

Die nächste Sitzung wird hierauf festgesetzt auf morgen,

Donnerstag den 13. März 1919
vormittags 9 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung ¾8 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein. Karl.